

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **263 (1984)**

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-376510>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

Von Dr. phil. Walter Bühner

Selten zuvor bewarben sich zwei so unterschiedliche, in ihrem moralischen Gehalt jedoch so ähnliche Werke wie Richard Attenboroughs «*Gandhi*» und Steven Spielbergs «*E. T.*» um den Titel eines «besten Films des Jahres». Bei der Oscar-Preisverleihung in Hollywood schwang im April 1983 (mit sieben Auszeichnungen) «*Gandhi*» obenaus, während «*E. T.*» sich immerhin als kassenträchtiger Streifen aller Zeiten feiern lassen konnte. Bewegte das ausserirdische Geschöpf «*E. T.*» ein Hundertmillionen-Publikum mit seiner «universellen Liebesbotschaft», mit dem Aufruf zur Toleranz und mit seinem Plädoyer für das Recht zum Anderssein, so verherrlichte Attenboroughs monumentaler Film Mahatma Gandhis Botschaft der Gewaltlosigkeit und die tiefe Humanität dieses grossen Inders.

Dass just diese beiden Streifen weltweit so grossen Anklang fanden, durfte wohl auf die

Sehnsucht vieler heutiger Menschen nach einer friedlichen, gerechten und *harmonischen Welt*, nach mehr menschlicher Wärme, Zärtlichkeit und gegenseitiger Achtung zurückgeführt werden. Während in den Kinos dieser Traum jeweils für einige wenige Stunden beschworen wurde, blieb die *Wirklichkeit* dieser Welt auch 1982/83 so widersprüchlich, zerrissen und ungerecht wie eh und je zuvor.

Die Unfähigkeit oder das Unvermögen des Menschen, friedliche Zustände zu schaffen und zu bewahren, manifestierte einmal mehr ganz besonders der *Nahe und Mittlere Osten*, die Ursprungsregion der drei Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam. Eine Vielzahl territoritaler, religiöser, ethnischer, ideologischer und machtpolitischer Gegensätze zerreissen diesen Teil der Welt, so dass kaum ein Tag ohne gewaltsame Ausbrüche verstreicht. Brennpunkte blieben auch 1982/83 der israelisch-arabische Konflikt sowie die Auseinandersetzung am Golf zwischen Iran und Irak.

*

Mit einer militärischen *Invasion in Libanon* und der Besetzung des gesamten Südtails des Levantestaates schuf Israel einmal mehr neue Tatsachen. Bereits im Frühjahr 1978 waren die israelischen Streitkräfte in den Süden Libanons einmarschiert, um Stützpunkte der PLO auszuheben. Nachdem Israels Armee damals ihre (begrenzten) Ziele erreicht und sich wieder hinter die eigene Nordgrenze zurückgezogen hatte, waren palästinensische Guerilleros erneut in das südlibanesisches Grenzgebiet («*Fatah-Land*») eingesickert, von wo aus sie periodisch nordisraelische Dörfer mit Raketen und Granatwerfern beschossen.

Den entscheidenden *Gegenschlag* löste die Regierung in Jerusalem Anfang Juni 1982 aus, nachdem der israelische Botschafter in London bei einem Attentat lebensgefährlich verletzt worden war. In einem Blitzfeldzug stiessen die Zahal-Streitkräfte über Tyros, Saida und Damur bis vor die Tore Beiruts vor.



«*E. T.*»

In harten Kämpfen gegen die in Libanon stationierten syrischen Truppen gelang es den Israelis ferner, die Kontrolle über die Verbindungsstrasse Beirut—Damaskus zu erringen und die Syrer in die Beka'a-Ebene abzu-drängen. Dabei kam den jüdischen Truppen einmal mehr die *Überlegenheit* ihrer (amerikanischen) Waffen gegenüber dem sowjetischen Rüstungsmaterial der Syrer zugute. Schwer geschlagen wurde zunächst die PLO: Tausende ihrer Kämpfer gerieten in israelische Gefangenschaft; Dutzende ihrer Waffenlager wurden ausgehoben, und jeglicher organisierter Widerstand in Südlibanon wurde binnen wenigen Tagen gebrochen. Rund 8000 PLO-Guerilleros gelang es, sich im (moslemischen) Westteil der libanesischen Hauptstadt Beirut zu verschanzen, wo sie während Wochen der *Belagerung* durch die israelische Armee standhielten. Erst nach massiven Bombardierungen und nach wochenlangen Verhandlungen des amerikanischen Sonderbotschafters Habib erklärten sich die PLO-Kämpfer Mitte August zum *Abzug* bereit; Tausende verliessen daraufhin Beirut auf dem Schiffsweg: in ein neues Exil in Algerien, Libyen, Südjemen, Jordanien, Saudi-Arabien oder Syrien.

Nach offiziellen libanesischen Angaben forderte dieser fünfte Nahostkrieg auf syrischer, libanesischer und palästinensischer Seite über 20 000 Tote in Südlibanon und Westbeirut. Auch Israel hatte einen *hohen Blutzoll* zu entrichten: Bis Mitte Mai 1983 fanden in diesem längsten Krieg des jüdischen Staates 480 Soldaten den Tod. Hinzu kam der beträchtliche Verlust an internationalem Ansehen, den die vom Fernsehen praktisch «live» mitverfolgte Kriegführung, die heftigen *Bombardierungen* Beiruts und die mehrmaligen Unterbrechungen der Nahrungsmittel- und Wasserzufuhr bewirkten. Auch in Israel selber führte der Libanon-Feldzug zu Auseinandersetzungen zwischen Befürwortern und Gegnern, zumal zwei Hauptziele der Libanon-Aktion fürs erste nicht erreicht wurden: Weder gelang es, der Präsenz der PLO in Libanon ein Ende zu setzen (gegen 10 000 Freischärler verblieben zusammen mit den syrischen Truppen im



Mit einer wochenlangen Belagerung Westbeiruts und schweren Bombenangriffen erzwang Israel den Abzug der PLO-Freischärler aus der libanesischen Hauptstadt.

Norden und Osten des Landes), noch vermochte Israel das *Palästinenserproblem* als politische Schicksalsfrage des Nahen Ostens in seinem Sinne zu «lösen». Im Gegenteil, die militärische Niederlage verschaffte der PLO zunächst einen erheblichen Sympathiegewinn auf Kosten Israels.

Neue Hoffnungen eröffnete die israelische Militäraktion indessen für das libanesisches Staatswesen: Zwar wurde der frischgewählte Präsident, der ehemalige Milizenführer *Béchir Gemayel*, Opfer eines Mordanschlages (14. September); doch konnte schon zehn Tage danach sein Bruder *Amin Gemayel* als Präsident vereidigt werden. Gemayels Ziel, sein Land so rasch wie möglich von ausländischen Truppen zu befreien, liess sich jedoch nicht so rasch verwirklichen. Während Israelis und Syrer den Grossteil Libanons besetzt hielten, beschränkte sich der Machtbereich der libanesischen Regierung vorerst nur auf die Hauptstadt Beirut, und auch dort bedurfte es einer internationalen Friedensstreitmacht aus Amerikanern, Briten, Italienern und Franzosen, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Die Anwesenheit dieser Truppen hing nicht zuletzt mit einem schrecklichen Massaker in den beiden Palästinenserlagern *Sabra* und *Chatila* zusammen, das von libanesischen Christenmilizen begangen wurde und bei dem

eine unbekannte Zahl von Menschen (nach glaubwürdigen Schätzungen gegen 1000) den Tod fanden. Nach dem Blutbad, das praktisch unter den Augen israelischer Soldaten — aber ohne deren direkte Mitwirkung — geschah, sah sich der jüdische Staat einmal mehr weltweit auf die Anklagebank versetzt. Erst nach längerem Widerstand beugte sich die Regierung in Jerusalem der im In- und Ausland erhobenen Forderung nach Einsetzung einer unabhängigen richterlichen Untersuchungskommission. Ihr nicht unerwartetes Verdikt: eine erhebliche Mitverantwortung verschiedener hoher Offiziere und Minister, namentlich Verteidigungsminister Ariel Sharons.

Dennoch kamen, unter amerikanischer Mitwirkung, *Truppenabzugsverhandlungen* zwischen Israel und Libanon zustande, die sich vorerst monatelang ohne Ergebnis dahinschleppten. Erst eine Vermittlungsmission von US-Aussenminister George Shultz brachte im Mai einen Durchbruch: ein Abkommen, das ein Ende des Kriegszustandes zwischen beiden Ländern festlegte und gewisse Sicherheitsgarantien für Israel vorsah. Allerdings machte Jerusalem den Abzug seiner Streitkräfte von einem entsprechenden Schritt der Syrer und Palästinenser abhängig. Damaskus verweigerte indessen dem Vertragswerk vorerst seine Zustimmung und verstärkte vielmehr seine Truppenpräsenz in Libanon, so dass das Schicksal des Levantestaates (Ende Mai 1983) höchst ungewiss blieb.

*

Beeinflusst vom Geschehen in Libanon vollzogen sich auch im arabisch-israelischen Verhältnis einige recht bedeutsame Entwicklungen: In Fes stimmten die *arabischen Staatschefs* einem Friedensplan zu, der erstmals eine Anerkennung des jüdischen Staates durch die arabische Welt andeutete, gleichzeitig aber für einen unabhängigen Palästinenserstaat und einen Rückzug der Israelis aus allen seit 1967 besetzten Gebieten eintrat. Etwas weniger weit ging ein sorgfältig abgefasster Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Reagan, der zwar ebenfalls einen israelischen Rückzug, aber vorerst nur eine Angliederung West-

jordanien und des Gaza-Streifens an Jordanien vorsah. Während der Reagan-Plan bei den «gemässigten» Araberstaaten (Ägypten, Saudi-Arabien, Jordanien, Emirate, anfänglich auch bei PLO-Chef Arafat) auf viel Interesse stiess, wurde er von den «Falken» im arabischen Lager — besonders von Syrien — kategorisch zurückgewiesen. Den vorläufigen Todesstoss versetzte ihm die PLO, die sich — innerlich gespalten — auf kein Verhandlungsmandat an Jordaniens König Hussein zu einigen vermochte.

Von den *Differenzen im arabischen Lager* profitierte vorerst am meisten die israelische Regierung, die von Anfang an den Reagan- wie auch den Fes-Plan schroff verworfen hatte. In Jerusalem wurde kaum ein Hehl daraus gemacht, dass eine Rückgabe des Westjordanlandes, des Gaza-Streifens und der Golan-Höhen, geschweige denn der Altstadt von Jerusalem, nicht mehr in Frage käme. Stattdessen bemühte sich die Begin-Regierung nach Kräften, in den besetzten Gebieten «vollendete Tatsachen» zu schaffen: Im Westjordanland lief ein grossangelegter «*Siedlungsplan*» an, der bis 1986 den Bau billigen Wohnraums für rund 100 000 Juden (inmitten von 1,2 Mio Palästinensern) vorsah. Dass mit diesem Projekt die letzten noch bestehenden Chancen für einen tragfähigen israelisch-arabischen Frieden und eine Lösung des Palästinenserproblems zunichte gemacht werden, wollten weder die Regierung in Jerusalem noch die Scharfmacher im arabischen Lager einsehen, die jegliche Friedensinitiative blockierten, mit der Israel wirkungsvoll hätte herausgefordert werden können.

*

Kein Ausweg eröffnete sich auch aus dem *iranisch-irakischen* Krieg: Sämtliche Friedensinitiativen zerschlugen sich an der Entschlossenheit der in Teheran herrschenden Ayatollahs, das Regime in Bagdad — das im September 1980 den Golfkrieg entfesselt hatte — zu Fall zu bringen (während von irakischer Seite mehrfach die Bereitschaft zu einem Waffenstillstand bekundet wurde). Ebenso wenig wie den Irakern zuvor in der persi-

schen Erdölprovinz Khuzistan gelang es den Iranern, auf irakischem Territorium Fuss zu fassen. Ihre Angriffe, die zum Teil von minderjährigen «Freiwilligen» (Bassij) vorgetragen wurden, zerschlugen sich allesamt an der gestaffelten irakischen Abwehr, so namentlich eine Offensive gegen die Hafenstadt Basra. Die Iraker reagierten mit sporadischen Luftangriffen gegen iranische Grenzstädte und Erdölanlagen. Die Folge waren unzählige zivile Opfer sowie eine *Umweltkatastrophe* grössten Ausmasses: Nach einem Volltreffer auf eine iranische Erdölplattform floss monatelang unkontrolliert Öl in den Golf.

Auch im benachbarten *Afghanistan* ging das blutige Ringen weiter. Hunderttausende von Afghanen hatten in Persien Zuflucht vor den sowjetischen Besatzungstruppen und vor dem kommunistischen Regime in Kabul gefunden; gegen drei Millionen Menschen waren nach Pakistan geflohen. Zwischen Invasionstruppen und islamischen Widerstandskämpfern bestand wie in den Jahren zuvor eine *Patt-Situation*: Während die Sowjets mit grossangelegten Offensiven den Aufständischen die Kontrolle über strategisch wichtige Punkte und Gegenden zu entreissen versuchten und die Zivilbevölkerung terrorisierten, setzten die Guerilleros ihre Nadelstichtaktik fort — ohne freilich den Russen empfindliche Verluste beibringen zu können.

*

Auch der *Führungswechsel in Moskau* brachte keine erkennbare Änderung der sowjetischen Afghanistan-Politik. Am 10. November 1982 erlag Staats- und Parteichef *Leonid Breschnew* einem Herzversagen, nachdem er während 18 Jahren die Geschicke des Sowjetimperiums bestimmt und dieses auf militärischem Gebiet zur gleichrangigen Supermacht wie die USA hochgerüstet hatte. Keine entsprechenden Erfolge hatte Breschnews Herrschaft freilich an der «inneren Front» vorzuweisen: Eine übermächtige Bürokratie, eine unflexible Planwirtschaft und die einseitige Verteilung der Ressourcen zugunsten des Militärapparates — ganz zu schweigen von einer Reihe von Missernten im Ge-



Am 10. November 1982 verstarb in Moskau Staats- und Parteichef *Leonid Breschnew*. Von hohen Partei- und Regierungsvertretern (im vordersten Rang Breschnews Nachfolger *Juri Andropow*, rechts, und Ministerpräsident *Tichonow*) wurde der offene Sarg zur Kremlmauer getragen.

treidesektor — wirkten sich hemmend auf die Wirtschaftsproduktion und auf die Innovationsfähigkeit aus. Die folgenschwerste «Hypothek» der Breschnew-Ära lag freilich auf aussenpolitischem Gebiet: Durch die Intervention in Afghanistan und die Drahtzieherrolle im Polen-Drama hatte Moskau wesentliche Grundlagen der Entspannungspolitik gegenüber dem Westen zerstört.

Nachfolger als Parteivorsitzender wurde nur zwei Tage nach Breschnews Tod der ehemalige Geheimdienstchef *Juri Andropow*. Da Andropow zunächst weder in der Afghanistan- noch in der Polen-Politik einen Kurswechsel andeutete, blieben die Beziehungen zum Westen (und im besonderen zu den USA) kühl und gespannt.

Kein Problemkreis belastete indessen das Ost-West-Verhältnis so sehr wie die fortgesetzte Aufrüstung auf beiden Seiten: Im Bereich nuklearer Interkontinentalraketen hatten zwar die beiden SALT-Abkommen Obergrenzen für die Zahl der Trägerwaffen festgelegt; aber die Bestückung dieser Raketen mit Mehrfachsprengköpfen drohte das Gleichgewicht immer mehr aus den Angeln zu heben und damit die Grundlagen der gegenseitigen Abschreckung zu untergraben. Während

über diesen Fragenkomplex in Genf neue Abrüstungsverhandlungen zwischen den Supermächten («START») anließen, kämpfte in den USA Präsident Reagan um das MX-Raketenprojekt, das nach Ansicht der Regierung in Washington dazu dienen sollte, im Interkontinentalbereich ein «Fenster der Verwundbarkeit» zu schliessen und darüber hinaus die Sowjets zu substantiellen Abrüstungskonzessionen zu bewegen. Im Kongress stiess Amerikas bisher kostspieligstes Raketenprojekt zunächst auf Widerstand, insbesondere wegen des vorgeschlagenen Stationierungssystems im dichten Bündel («dense pack»). Das *MX-Projekt* sowie der Umfang der von der Administration vorgesehenen Rüstungsausgaben — 1,3 Billionen Dollar für die nächsten fünf Jahre — gab auch in den USA einer rasch wachsenden *Friedensbewegung* Auftrieb; ihrer Kernforderung eines Atomwaffen-Produktionsstopps in Ost und West («Freeze») schloss sich im April 1983 auch das Repräsentantenhaus an, das bei den Kongresswahlen im Spätherbst 1982 eine Reagan-kritischere Färbung erhalten hatte. In der Nuklearrüstungs-Debatte schalteten sich auch *Amerikas Bischöfe* mit einem Hirtenbrief ein, der nicht nur die Atomrüstung verdammt, sondern auch das Konzept der nuklearen Abschreckung aus moralischen Gründen ablehnte.

Auf verbreitete Opposition stiess die Reagan-Regierung auch mit ihrer *Zentralamerika-Politik*, die ziemlich unverhüllt auf den Sturz des Sandinisten-Regimes in Nicaragua hinzielte, während Washington gleichzeitig die Regierung in El Salvador gegen die linksgerichtete Guerilla in wachsendem Masse militärisch unterstützte. Während die US-Regierung die Unruhen in Zentralamerika in erster Linie auf sowjetische und kubanische Einflüsse zurückführte, machten Kritiker der offiziellen Politik dafür vor allem politische und soziale Fehlentwicklungen verantwortlich.

*

Bedeutsamer für das Verhältnis zwischen Ost und West war indessen der Problemkreis der *eurostrategischen Waffen*: Die Sowjetunion, die bereits auf konventionellem Gebiet

(Flugzeuge, Panzer) seit längerem ein markantes Übergewicht gegenüber der NATO besass, setzte die Stationierung von (gegen Westeuropa gerichteten) SS-20-Raketen trotz aller Friedensbeteuerungen fort: Anfang 1983 waren rund 350 Raketen mit über 1000 Gefechtsköpfen stationiert. Die NATO-Staaten bekräftigten ihrerseits bei jeder sich bietenden Gelegenheit den Beschluss vom Dezember 1979, der bei einem Scheitern der Genfer Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa ab Ende 1983 vorsieht. Zu Recht wurde denn auch 1983 in vielen Zeitungskommentaren als «*Schicksalsjahr der atlantischen Allianz*» bezeichnet. Die Strategie der Sowjetunion, den Nachrüstungsbeschluss zu unterlaufen, ohne selber ihr bedrohliches Vorrüstungspotential abbauen zu müssen, bewegte sich auf zwei Geleisen: Einerseits versuchte Moskau den gemeinsamen Willen der NATO-Partner durch immer neue Abrüstungsvorschläge zu erschüttern und auseinanderzuidividieren; andererseits wurde der Kreml nicht müde, die Aktivitäten der Friedensbewegungen im Westen propagandistisch zu unterstützen. Die *Glaubwürdigkeit* dieser Politik war freilich nicht über jeden Zweifel erhaben: Erstens warf die fortgesetzte U-Boot-Spionage der Roten Flotte gegen die skandinavischen Staaten ein sehr schiefes Licht auf den angeblichen Friedenswillen der UdSSR; zweitens war die repressive Politik sämtlicher Ostblock-Staaten gegenüber Friedensbewegungen im eigenen Machtbereich (DDR: «Schwerter zu Pflugscharen») kaum dazu angetan, Vertrauen zu schaffen, und drittens brüskierte die Sowjetunion verschiedene westliche Länder durch nachgewiesene Einflussnahme sowjetischer Diplomaten und Auslandsagenturen (u. a. des Berner Novosti-Büros) auf Mitglieder der Friedensbewegung.

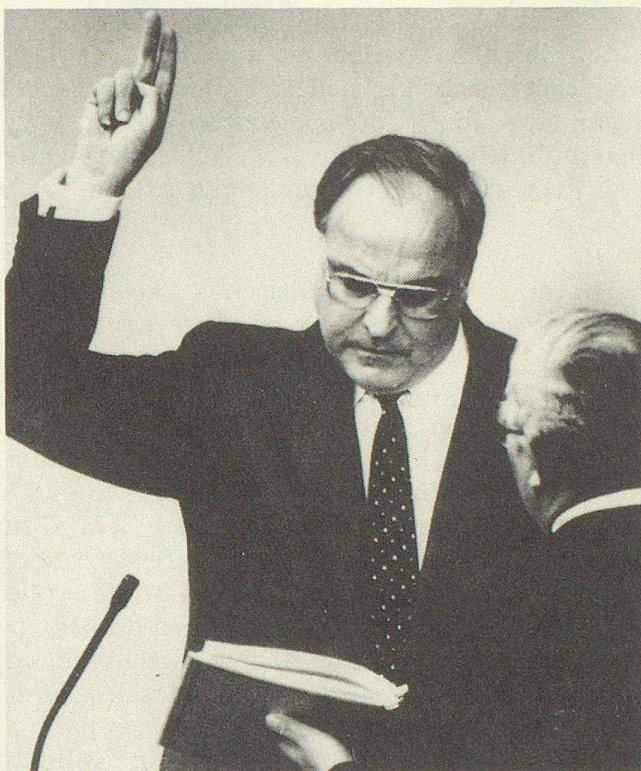
Mit Genugtuung dürfte in Moskau immerhin registriert worden sein, wie sehr sich auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik und der Ost-West-Beziehungen 1982/83 die Meinungsunterschiede zwischen den USA und den westeuropäischen Verbündeten verschärften. Einesteils stiess die zuweilen *schrille Rhetorik*

Washingtons gegenüber dem Kreml in Westeuropa auf wachsendes Unverständnis; andernteils sorgte die Reagan-Administration mit ihrer unerwartet vehementen Opposition gegen das (bereits 1981 abgeschlossene) Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR für wachsende Verstimmung bei den von Sanktionsmassnahmen Betroffenen.

*

Eine gewisse Entspannung im Verhältnis zwischen den USA und Westeuropa führte indessen der *Machtwechsel in Bonn* herbei: Helmut Kohl, der am 1. Oktober 1982 an der Spitze einer von CDU/CSU und FDP gebildeten Regierung als Bundeskanzler gewählt wurde, bemühte sich mit Erfolg um ein entspannteres Klima zwischen Bonn und Washington — ohne freilich den von der Schmidt-Regierung vorgezeichneten Kurs in der Aussenpolitik zu verlassen.

Das Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt hat kaum aussenpolitische Ursachen gehabt; vielmehr scheiterte das Bündnis zwischen SPD und FDP nach 13jähriger Dauer an wachsenden Gegensätzen auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiet. Ein weiterer Grund war die Tatsache, dass der linke Flügel der SPD je länger desto weniger bereit war, den pragmatischen Kurs der Regierung Schmidt/Genscher mitzutragen. Als die FDP schliesslich den Koalitionspartner wechselte (und damit den Sturz Schmidts besiegelte), trug ihr dies zwar weitherum den Vorwurf des «Verrats» ein. Dennoch vermochten die Liberalen bei den *Bundestagswahlen vom 6. März 1983* einmal mehr die 5-Prozent-Hürde zu überspringen und damit erneut den Einzug ins Bonner Parlament zu schaffen. Mit über 49 Prozent der Stimmen erzielte die CDU/CSU zwar ihr bestes Wahlergebnis seit Adenauers Zeiten, verfehlte jedoch knapp die absolute Mehrheit der Parlamentssitze, so dass sie weiterhin auf die Koalition mit der FDP angewiesen blieb. Massive Stimmenverluste erlitt die SPD unter dem neuen Kanzlerkandidaten *Hans-Joachim Vogel*; zu ihrer Linken nahm erstmals eine «Grüne» Bewegung im Bonner Bundestag teil.



Am 1. Oktober 1982 wurde der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl als Bundeskanzler vereidigt. Die von ihm geführte Koalition aus CDU/CSU und FDP überstand erfolgreich die Bundestagswahlen vom 6. März 1983.

«Machtwechsel» auch in Spanien: Bei den Parlamentswahlen vom 28. Oktober 1982 errangen die Sozialisten die absolute Mehrheit der Sitze in der Cortes und stellten unter dem 40jährigen Felipe González erstmals seit dem Bürgerkrieg die Regierung in Madrid. Als stärkste Oppositionskraft etablierte sich die konservative «Volksallianz» unter Manuel Fraga Iribarne, während die bisherige Regierungspartei UCD zur Bedeutungslosigkeit herabsank. In Österreich dagegen verlor die bisher allein regierende Sozialistische Partei bei den Nationalratswahlen vom 24. April wider Erwarten die absolute Mehrheit, worauf Bundeskanzler Bruno Kreisky seinen Rücktritt bekanntgab. Dennoch blieb die SPÖ — dank einer Koalition mit der (nationalliberalen) Freiheitlichen Partei — an den Schaltebellen der Regierungsmacht; neuer Kanzler wurde der international kaum bekannte Fred

Sinowatz. In *Frankreich* wurden im Frühjahr 1983 plötzlich wieder Erinnerungen an den Mai 1968 wach, als sich die allgemeine Missstimmung über finanzpolitische Sanierungsmassnahmen der Regierung in einer Welle von Protest- und Streikaktionen entlud.

*

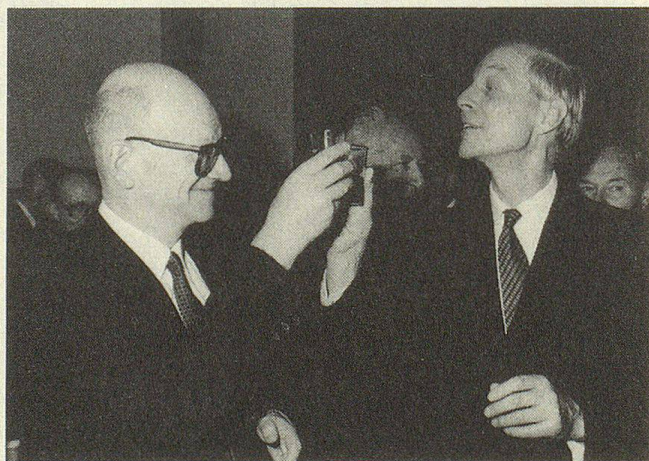
Hintergrund dieser politischen Veränderungen war die tiefste *Wirtschaftsrezession*, der sich die Industriestaaten des Westens seit dem 2. Weltkrieg gegenübersehen. In sämtlichen OECD-Ländern, mit Ausnahme der Schweiz und Japans, erreichten die Arbeitslosenzahlen Rekordhöhen: in den USA zeitweise über 11 Millionen, in Grossbritannien über 3 Mio, in der Bundesrepublik Deutschland fast 2,5 Mio, in Italien und Frankreich je rund 2 Mio. Ende April 1983 waren in den 24 Ländern der OECD 32 Mio Menschen ohne Arbeit. Erschreckend hoch auch der Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit der Erwerbsfähigen: in Spanien über 16 Prozent, in Belgien 14,8, in Holland 11,1, in Italien 10,9, in den USA 10,4, in Frankreich 9,6, in der BRD 7,3 und in Japan 2,5 Prozent (Oktober 1982).

Die *Ursachen* dieses unerwartet tiefen Wirtschaftseinbruchs waren recht vielfältig: hohe Erdölpreise (1979 hatte die OPEC den Richtpreis auf 34 Dollar hinaufgeschraubt); prohibitiv hohe Zinssätze (v. a. in den USA); Kapitalmangel und ausgelastete Kapazitäten und folglich ein massiv reduziertes Investitionsvolumen; nicht zuletzt auch empfindliche Einschränkungen des freien Welthandels.

Mit sehr unterschiedlichen *Rezepten* versuchten die einzelnen Industriestaaten der Krise Herr zu werden: Hauptexponent der einen Richtung war das sozialistische Frankreich, das auf staatliche Beschäftigungsprogramme und Arbeitszeitverkürzungen setzte, dadurch aber in eine schwere Krise der Staatsfinanzen hineinschlitterte, die das Vertrauen in den Franc zusätzlich untergrub. Das andere Lager — am reinsten vertreten durch die konservativen Regierungen in London und Washington — versuchte den Aufschwung durch Budgetdisziplin, geringere Sozialausgaben, Steuersenkungen und Entlastungen zugunsten

der Privatwirtschaft zu erzwingen. Kurzfristige Erfolge an der Arbeitslosenfront blieben zwar ebenfalls aus; immerhin schafften rückläufige Inflationsraten (unter 5 Prozent in Grossbritannien und den USA) und leicht fallende Zinssätze günstigere Voraussetzungen für eine Konjunkturerholung. *Lichtblicke* am Wirtschaftshorizont begannen sich denn auch am frühesten in den Vereinigten Staaten abzuzeichnen (am markantesten in der zuvor besonders krisengeschüttelten Automobilindustrie).

Einen willkommenen Beitrag zur Erholung der weltwirtschaftlichen Konjunktur lieferte auch ein *Erdölpreiserfall*, der infolge eines markanten Überangebots auf den Weltmärkten einsetzte. Kehrseite dieser Entwicklung: Zwei grosse Produzentenländer — Mexiko und Nigeria — verfügten plötzlich nicht mehr über genügend Deviseneinkünfte, um ihren Schuldenverpflichtungen nachzukommen (Mexikos Verschuldung: über 80 Mrd Dollar). Das Problem der *internationalen Verschuldung* (Ende 1982: rund 700 Mrd Dollar) trug nicht nur zur Verschärfung der weltweiten Wirtschaftsrezession bei, da zahlreiche Länder, im Kampf gegen einen weiteren Devisenabfluss, Importrestriktionen verfügten; vielmehr wuchs sich diese «Zeitbombe» immer mehr zu einer Bedrohung des gesamten Weltwirtschaftssystems aus.



Am 8. Dezember 1982 neu in den Bundesrat gewählt: der Luzerner Alphons Egli, CVP (links), und der Zürcher Rudolf Friedrich, FDP.